

Aufrüsten und auf den Krieg vorbereiten – oder?

Die Hoffnung auf friedlichere Zeiten ist auch 2025 nicht erfüllt worden. Russland hat seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine unter anderem mit Drohnenangriffen intensiviert, die Ziele im ganzen Land ins Visier nehmen. Die Kriege im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo mit Hunderttausenden Toten, Hunger und Massenvergewaltigungen toben weiterhin, ebenso wie viele weitere bewaffnete Auseinandersetzungen in anderen Weltgegenden. Lediglich im Gaza-Krieg wurde ein brüchiger Waffenstillstand geschlossen, nach Zehntausenden Toten und immensen Zerstörungen. Ein dauerhafter Friede scheint jedoch noch weit entfernt.

Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen nehmen an Fahrt auf

Gleichzeitig hat ein beispielloser Rüstungswettlauf begonnen, angeheizt durch eine medial befeuerte Kriegshysterie, die vor allem die Europäer:innen auf einen als unausweichlich dargestellten Krieg mit Russland einschwören will. Die NATO hat das größte Aufrüstungsprogramm seit Jahrzehnten in Angriff genommen und will 5 % der Wirtschaftsleistung ihrer Mitgliedstaaten dafür aufwenden – mehr, als ihre europäischen Mitglieder im Schnitt für die Bildung aufwenden. Russland hat sein Militärbudget zwischen 2024 und 2025 verdreifacht, ist aber nach wie vor weit von der Summe entfernt, die von den europäischen NATO-Staaten gemeinsam fürs Militär ausgegeben wird.

Auch Österreich hat sich der Aufrüstung verschrieben. Während im Sozial-, Gesundheits-, Pflege- und Kulturbereich und beim Klimaschutz gekürzt wird, wird das Verteidigungsbudget in den fünf Jahren von 2022 bis 2026 um 75 % von 2,7 auf 4,7 Mrd Euro steigen. Österreichische Unternehmen träumen von einem „Superjahrzehnt der Defence-Industrie“ (Julian Cassutti, CEO von Steyr Motors), und in der Steiermark titelt die „Kleine Zeitung: „Man sollte Rüstung auch als Chance sehen“.

Die internationalen Institutionen auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit?

Während die Kriegsvorbereitungen Fahrt aufnehmen, wird der Spielraum für Diplomatie und Verhandlungen eingengt. Die USA fühlen sich bereits seit 2019 nicht mehr an die Verträge über die Stationierung von landgestützten Mittelstrecken-Nuklearraketen gebunden, nun hat Russland offiziell das Moratorium für Kurz- und Mittelstreckenraketen für beendet erklärt.

Die UNO, die Kriege durch Vermittlungsbemühungen und Friedensmissionen verhindern soll, wird finanziell ausgehungert und zum Ziel verbaler Angriffe; auf ihre humanitären Mitarbeiter:innen (und die anderer Hilfsorganisationen) wird in Kriegsgebieten ebenso wenig Rücksicht genommen wie auf Journalist:innen, die von dort berichten. Die OSZE, deren Gründung vor einem halben Jahrhundert das Ende des Kalten Krieges markierte, ist in Bedeutungslosigkeit versunken.

Zivilgesellschaft und Neutralität auf dem Prüfstand

Die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich der Spirale der Gewalt und Vorbereitung von Gewalt entgegenstellen, sind – sowohl auf weltweiter, auf europäischer und auf österreichischer Ebene – schwach und wenig koordiniert. Österreich ist bis jetzt seiner Verantwortung und seinen Möglichkeiten als neutraler Staat nicht gerecht geworden, was friedensstiftende Maßnahmen betrifft. Positiv hervorzuheben sind allerdings in jüngster Zeit das Plädoyer für Multilateralismus, das Bundespräsident Van der Bellen anlässlich der 80-Jahr-Feier der UNO hielt, und die ebenfalls bei dieser Gelegenheit erhobene Forderung von Bundeskanzler Stocker, man müsse mit allen Staaten im Dialog bleiben. Auch wenn diese Aussagen in Zusammenhang mit der Bewerbung Österreichs um einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO zu sehen sind, könnten sie einen Ansatz für eine friedenspolitische Neuorientierung darstellen.

Das Symposium: „Aufrüsten und auf den Krieg vorbereiten – oder?“ will mehrere Aufgaben erfüllen: Es soll unter Beteiligung anerkannter Expertinnen und Experten

- die Auswirkungen von Aufrüstung und Kriegsrhetorik auf die Staaten und Gesellschaften der EU und Österreichs analysieren
- die Krise der internationalen Institutionen der Zusammenarbeit und Friedenssicherung (UNO, OSZE etc.) durchleuchten und mögliche Auswege daraus beschreiben
- die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft und der staatlichen Institutionen Österreichs als neutraler Staat für Frieden fördernde und schaffende Initiativen aufzeigen.

Grazer Initiative für Frieden & Neutralität (GIFFUN)



„Aufrüsten und auf den Krieg vorbereiten – oder?“

Ein Symposium mit:

Irmgard Ehrenberger

Geschäftsführerin des Internationalen Versöhnungsbundes – Österr. Zweig

Manfred Nowak

Univ.-Prof. für Internationales Recht, Menschenrechtsexperte, ehem. UNO-Sonderberichterstatter

Johannes Varwick

Univ.-Prof. für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg

Moderation:

Martina Schmidt

Journalistin, ehem. ORF-„Report“-Redakteurin

Eintritt frei!

Anmeldung erbeten unter info@giffun.at

Weitere Infos: www.giffun.at



Freitag, 12. Dezember 2025 ab 18:00
Festsaal der Arbeiterkammer, Hans-Resel-Gasse 8–14, Graz

Eine Veranstaltung der

Grazer Initiative für Frieden & Neutralität (GIFFUN)



Unterstützt von: **GRAZ**

Afro-Asiatisches Institut Graz, Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen, CLIO, Bildungsverein der KPÖ Steiermark, Bund demokratischer Frauen, Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie Graz, Evangelisches Bildungswerk Steiermark, Friedensbüro Graz, Grüne Akademie Steiermark, Die Grünen Steiermark, Die Grünen – Generation plus Stmk., inspire – Verein für Bildung und Beteiligung, Internationaler Versöhnungsbund, ISOP, Katholische Arbeitnehmer:innenbewegung Steiermark, Kinderland Steiermark, KPÖ Graz, KZ-Verband, Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Liga für Menschenrechte, Migrant:innenbeirat, ÖH Uni Graz, Omas gegen Rechts, Pax Christi, < rotor > Zentrum für zeitgenössische Kunst, Sozialistische Jugend Steiermark, Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik, Steirische Kulturinitiative, Women*s Action Forum, Xenos, Zukunft braucht Erinnerung.

Programm

Grußworte: **Bürgermeisterin Elke Kahr**

Referate

Univ.-Prof. Dr. Johannes Varwick:

Die Auswirkungen von Aufrüstung und Kriegsrhetorik auf die Staaten und Gesellschaften der EU und Österreichs

Mit erstaunlicher Eindimensionalität hat die europäische Sicherheitspolitik Maß und Mitte verlassen. Sicherheitspolitik hat Konjunktur – sie befindet sich jedoch auf einem gefährlichen Irrweg. Der Begriff „Kriegstüchtigkeit“ steht für diese Entwicklung wie kaum ein anderer. Das dahinterstehende Konzept beansprucht unverhältnismäßige Ressourcen, militarisiert Politik und Gesellschaft, basiert auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse und trägt nichts zur Lösung der Probleme bei. Dabei gibt es Alternativen für eine rationale Sicherheitspolitik, die wieder eine Stimme für den Frieden werden soll – und kann.

Johannes Varwick ist Politikwissenschaftler, Lehrstuhlinhaber für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und seit Mai 2024 Präsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS).



© Henning Schacht

Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak:

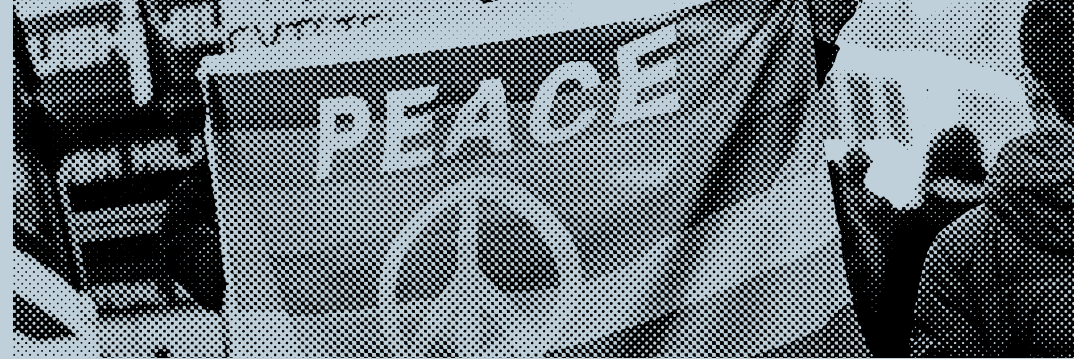
Die Krise der internationalen Institutionen der Zusammenarbeit und Friedenssicherung (UNO, OSZE etc.) und mögliche Auswege

Die UNO wurde 1945 in Reaktion auf zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise, den Faschismus und den Holocaust mit drei Hauptaufgaben gegründet: Friedenssicherung, Entwicklung und Stärkung der Menschenrechte. Die damit verbundene multipolare Weltordnung wird seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend in Frage gestellt und von den Weltmächten mit Veto im Sicherheitsrat (v. a. USA, Russland und China) verletzt. Auch die 1975 gegründete KSZE/OSZE, die viel zur Entspannung und zum Ende des Kalten Kriegs beigetragen hat, ist durch das Einstimmigkeitsprinzip blockiert. Trotzdem können die großen Probleme der Menschheit nur durch die Zusammenarbeit der Staaten in internationalen Organisationen gelöst werden.

Manfred Nowak ist Menschenrechtsexperte, Leiter des Vienna Master of Arts in Applied Human Rights an der Universität für Angewandte Kunst in Wien, Generalsekretär des Global Campus of Human Rights in Venedig, Co-Vorsitzender des Wiener Forums für Demokratie und Menschenrechte. Er ist Professor für Internationales Recht und Menschenrechte an der Universität Wien und Sonderberichterstatter der UNO über Folter.



© Vienna Master of Arts in Applied Human Rights

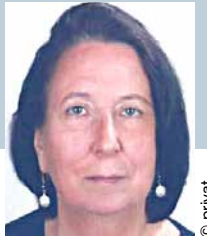


Irmgard Ehrenberger:

Die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft und der staatlichen Institutionen Österreichs als neutraler Staat für Frieden fördernde und schaffende Initiativen

Aufrüstung und Kriege haben verheerende Folgen für Menschen, die Umwelt und das Klima. Trotzdem wird weltweit massiv aufgerüstet, auch in Österreich. Dabei könnte gerade Österreich als neutrales Land einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau eines nachhaltigen Friedens mit gewaltfreien Mitteln leisten. Die Institutionen und Werkzeuge sind vorhanden, zivilgesellschaftliche Organisationen bemühen sich, diese wieder in den Fokus zu rücken. Damit das gelingen kann, braucht es Beharrlichkeit und das Aufzeigen der vielen positiven Beispiele, denn Frieden kann nur mit friedlichen Mitteln erlangt werden.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin des Internationalen Versöhnungsbundes – Österreichischer Zweig. Ihre Arbeitsbereiche sind Aktive Friedenspolitik, Kultur des Friedens, Bildungsarbeit und Kolumbien.



© privat

Podiums- und Publikumsdiskussion

Moderation: Martina Schmidt

Martina Schmidt war langjährige ORF-Journalistin und „Report“-Redakteurin; aktuell Kuratorin der Gesprächsreihe „Reden über...“ im Theater Nestroyhof Hamakom in Wien



© Eva Stheiner